



Antrag

der Fraktion der CDU

Zukunft der Landeszentrale für Politische Bildung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landeszentrale für Politische Bildung muss sich, wie alle Träger von Bildungsarbeit weiter entwickeln und im Sinne ihrer Zukunftsfähigkeit neu strukturieren. Grundbedingung jeder Neustrukturierung bleibt, dass die Unabhängigkeit politischen Bildung in Schleswig-Holstein in ihrer Substanz und in Kooperation mit der Bundeszentrale für Politische Bildung gewährleistet bleibt und vom Land finanziell unterstützt wird.

Organisatorisch ist eine engere Verzahnung und Kooperation der Landeszentrale mit der „Initiative für politische Bildung“, die um die anerkannten Träger politischer Bildungsarbeit erweitert wird, notwendig.

Im Rahmen dieser Organisation übernimmt die Landeszentrale die Funktion einer Service-Agentur mit folgenden Aufgaben:

1. Die Entwicklung und Definition der Inhalte der politischen Bildung unter Mitarbeit des Kuratoriums und die Entwicklung von transparenten Kriterien für eine zuschussfähige Bildungsarbeit,
2. die wissenschaftliche Aufarbeitung politischer Problemstellungen in Zusammenarbeit mit Universitäten und die Zuarbeit für die Träger politischer Bildungsarbeit,
3. die Funktion als Controllingstelle mit dem Auftrag, zugewiesene öffentliche Mittel für politische Bildungsarbeit entsprechend der Vorgaben des Haushaltsplanes zu verteilen
4. die Entwicklung von Zielsetzungen und Konzeptionen zur Multiplikatorenschulung im Rahmen der politischen Bildungsarbeit unter der Maßgabe, diese auch weiterhin zu gewährleisten,
5. die Koordination der Angebote der in der „Initiative zur politischen Bildung“ zusammenarbeitenden Institutionen und die Erstellung eines gemeinsamen Jah-

resprogramms sowie eines gemeinsamen Internetauftritts,

6. die Verteilung der Publikationen zur politischen Bildung,
7. die Erstellung einer Referentenkartei für Veranstaltungen mit politischem Inhalt und die Beratung der Veranstalter hinsichtlich der Förderung europäischer Projekte und deren Koordination und
8. die Entwicklung internationaler Projekte, v.a. im Ostseeraum und die Akquisition europäischer Fördermittel für die Weiterbildung.

Sylvia Eisenberg
und Fraktion